

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 30 M. mon. Einzelne Nr. 1,50 M.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 12 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 24 M., unter Eingangs 30 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufskliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 195

Dienstag, 22. August

1922

Dresden, 21. August.

Der Altonaer Besuch des Reichspräsidenten.

Wie wir in unserer letzten Nummer bereits kurz mitgeteilt haben, traf der Reichspräsident am vergangenen Sonnabend vormittag in Begleitung der Reichsminister Dr. Köster und Groener zu einem Besuche in Altona ein. Um 11 Uhr wurde er im Kollegienhause des Rathauses durch den Oberbürgermeister in Anwesenheit der Mitglieder des Magistrats und der Stadiverordnetenversammlung und des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein empfangen. Der Oberbürgermeister und der Oberpräsident richteten Worte der Begrüßung an den Reichspräsidenten, die dieser mit folgender Ansprache beantwortete:

Meine Herren!

Hervorragend danke ich für die freundlichen Worte der Begrüßung, die Sie, Herr Oberbürgermeister, namens der Stadt Altona und Sie, Herr Oberpräsident, namens der Provinz Schleswig-Holstein an mich gerichtet haben. Ich habe gern mit dem Besuche Hamburgs den der Schwesterstadt Altona verbunden, und wenn ich, Herr Oberpräsident, Ihnen gegenüber meiner Freude Ausdruck gebe, heute hier auf schleswig-holsteinischem Boden zu weilen, so darf ich dem hinzufügen, daß ich der Einladung, in einigen Wochen auch die schweizerische Nordmark zu besuchen, mit Dank folgen werde. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben auf die große Not hingewiesen, in die unser Volk und Land durch den Friedensvertrag und seine Durchführung verfallen ist. Die deutschen Seeflässe haben schwere Opfer bringen müssen. Mit dem Verluste unserer Handelsflotte hat ein großer Teil der seemannischen Bevölkerung Arbeit und Gehalt verloren. Eine umso größere Freude ist es mir, feststellen zu können, daß deutsche Schöpfkraft und Ausdauer dieser Schwierigkeiten Herr zu werden suchen, und daß die künftige Wiederkunft hier an der Elbmündung auch des alten Wortes „Schiffahrt tut not“ eingedenk geblieben ist. Aufrichtige Anerkennung zolle ich all dem, was in diesen Jahren unermüdlicher Arbeit geleistet ist. Die Verwaltung unserer Großstädte erfordert ein ungeheures Maß von Schöpfkraft, Besonnenheit und Umsicht. Zu den bereits früher vorhandenen Aufgaben sind neue hinzugekommen. Fragen der Finanzgebarung, der Eingemeindung, der sozialen Fürsorge, der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung harren der Antwort. Die enge räumliche Verbindung Altonas und Hamburgs hat ein besonders schwieriges Problem geschaffen. Ich begrüße es, daß feinerzeit die beiden interessierten Länder im Wege von Verhandlungen sich bestreben, eine Lösung zu finden, und ich gebe dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck, daß diese Verhandlungen von Erfolg gekrönt werden. Nur wechselseitig können Reich, Länder und Städte sich gegenseitig entwickeln und in gemeinsamer Arbeit die Wiederaufstehung unseres Vaterlandes erreichen. Wie die deutschen Hafenstädte mit dem Falle des Reiches besonders schwer gelitten haben, so werden sie auch in denselben Maße zu neuer Blüte sich erheben, wie Deutschland sich kräftigt und wirtschaftlich erhebt. Möge Altona gemeinsam mit der Schwesterstadt am schönen Elbstrom einer glücklichen und frohen Zukunft entgegengehen und wie bisher mitwirken, den deutschen Namen zu Ehren zu bringen. Das ist mein aufrichtiger und herzlichster Wunsch. (Beifall.)

An den Empfang schloß sich eine Besichtigung des Fischereihafens und eine Rundfahrt im Kraftwagen durch die Stadt.

Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

Von dem Ausgang der Berliner Reparationsverhandlungen hängt nicht nur vieles für das Schicksal der Zukunft des Deutschen Reiches, sondern auch der Zukunft Europas ab. Die ganze Welt leidet unter der Auswirkung des Londoner Reparationsabkommens, das leider bis heute dank der Unzulänglichkeit der Alliierten nicht wesentlich geändert wurde, trotzdem man allgemein auf Grund der Erfahrungen der Auffassung werden mußte, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Diese Auffassung wurde Anlaß zu allen Wirtschaftskonferenzen, die nach dem Mai 1921 stattfanden, und diese Erkenntnis war letzten Endes auch der Grund, der die Reparationskommission dazu nötigte, zwei Vertreter zu direkten Verhandlungen mit der Reichsregierung nach Berlin zu entsenden.

Der Engländer Bradbury und der Franzose Mauciere, die diese Verhandlungen führen sollen, sind am gestrigen Sonntag abend in Berlin eingetroffen. Aber ihre Vollmachten sind bisher ebenso wenig bekannt geworden wie über die Forderungen, die sie stellen werden. Aber es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß ihre Aufgabe darauf hinausläuft, als Gegenleistung für ein Moratorium bis zum Ablauf dieses Jahres Garantien zu erwirken, die einmal von der deutschen Regierung freiwillig ausgestellt werden, und die andererseits darauf abzielen, daß sie die Einigkeit nicht nur innerhalb der Reparationskommission, sondern auch innerhalb der Entente-Koalition gewährleisten bzw. wiederherstellen.

Die Reichsregierung hat zu den am heutigen Montag vormittag beginnenden Besprechungen alle notwendigen Vorbereitungen getroffen. Die zuständigen Ressorts haben umfangreiches Material bereitgestellt, das sich mit der Notlage der deutschen Wirtschaft eingehend beschäftigt, und das außer einem Nachweis von dem guten Willen Deutschlands zur Erledigung seiner Reparationsverpflichtungen insbesondere über den Notstand der deutschen Arbeiterklasse und des äußeren Mittelstandes umfangreiche statistische Angaben enthält. Die Vertreter der Reparationskommission sollen auf alle Fragen eine klare und objektive Antwort erhalten, um so selbst den Eindruck zu erhalten, daß alles das, was der Reichskanzler erst in den jüngsten Tagen äußerte, nicht auf freier Erfindung, sondern auf Tatsachen beruht, und daß Deutschland trotz seiner Notlage immer noch bereit ist, zur Beruhigung der sonst schmerzhaften Atmosphäre in Europa sein Möglichstes beizutragen.

Bei allem guten Willen der Reichsregierung, mit den Vertretern der Reparationskommission zu einer Verständigung zu kommen, wird alles abgelehnt werden müssen, was offensichtlich unserer wirtschaftlichen Not unmöglich erscheint. Darüber muß man sich in Paris von vornherein klar sein, daß die deutsche Reichsregierung nicht bereit ist, einen Schritt zu tun, der nicht nur den endgültigen Ruin Deutschlands, sondern auch einen Niedergang Europas bedeuten würde. Leicht wird eine Verständigung in Berlin zu finden sein, wenn die Vertreter der Reparationskommission politische Motive von den Berechnungen ausschalten und sich nur von rein wirtschaftlichen Grundgedanken leiten lassen. Stellen sie den wirtschaftlichen Forderungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands gegenüber, dann werden auch sie zu der Überzeugung kommen müssen, daß der Erfüllungswille der deutschen Regierung bis auf die äußersten Grenzen erschöpft ist, und daß zunächst eine Atempause notwendig ist und der Bevölkerung Deutschlands, die ihr Leben lediglich des lieben Friedens willen hingeben hat, jetzt vor allem die Möglichkeit zum Leben gegeben werden muß. Deutschland kämpft nicht um politische Ziele, sondern es kämpft nur den ehrlichen Kampf um das Leben seines Volkes.

Die Forderung nach „produktiven Pfändern“, wie sie in Paris mit großer Hartnäckigkeit verfolgt wird, bildet nicht die Basis einer Verständigung. Diese Forderung und das gleichzeitige Verlangen nach Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, wovon doch die Erledigung unserer Ver-

pflichtungen abhängig ist, bedeutet einen Widerspruch in sich. Eine Verständigung, der die Reichsregierung ruhigen Gewissens zustimmen kann, wird in der Gewährung eines Moratoriums liegen, dessen Garantien Deutschlands Produktionskraft nicht noch weiter hemmen. Statt „Produktiver Pfänder“ produktive Arbeitsmöglichkeit ohne neue Fesseln!

Die beiden Mitglieder der Reparationskommission, Sir John Bradbury und Mauciere, sind gestern abend in Berlin eingetroffen. Sir Bradbury hatte zugleich eine Besprechung mit dem hiesigen englischen Botschafter. Heute vormittag werden die beiden Abgeordneten der Reparationskommission vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen werden. Dann werden sich die Besprechungen mit den Ressortministern anschließen, je nachdem welche Spezialgebiete die Fragen betreffen, welche die Reparationskommission stellen wird.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird es sich bei den Verhandlungen mit Sir John Bradbury und Mauciere weniger um die Auslegung des Artikels 234 als um die Pfänder und Garantien handeln, welche die deutsche Regierung aus freien Stücken zur Verfügung stellen kann. Diese Pfänder sollen dann die einstimmige Annahme des Moratoriums als Grundbedingung für die neue Konferenz in Brüssel ermöglichen. Neben den bisher existierenden Pfänden gibt das „Echo de Paris“ einen weiteren bekannt, der den früheren aufweist, die deutsche Goldreserve auf dem linken Rheinufer zu depozitieren; allerdings ist diese Maßnahme bei dem geringen deutschen Goldbestande nur als Ergänzung der übrigen Garantienmaßnahmen gedacht. Die Verhandlungen in Berlin werden die ganze Woche in Anspruch nehmen, die Entscheidung der Kommission vor Ende des Monats also nicht ermöglichen.

Die „Times“ meldet im Zusammenhang mit der Entsendung der Kommission nach Berlin, daß in Paris ein verschärfter West zutage trete und den Drohungen der französischen Presse über eine neue Besetzung des Ruhrgebietes unter diesen Umständen keine übertriebene Bedeutung beigemessen zu werden brauche.

Mit allem Vorbehalt sei auch die nachfolgende Meldung des „United Telegraph“ aus London wiederzugeben: „Infolge des völligen Zusammenbruchs der West wird von den Alliierten eine Neuregelung der Reparationszahlungen erwogen, um den drohenden deutschen Staatsbankrott zu verhindern und eine allmähliche finanzielle Gesundung Deutschlands zu ermöglichen. Die Revision der Reparationszahlungen, die bereits seit längerer Zeit ausgearbeitet ist, aber erst vorgelegt werden soll, wenn die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands restlos erwießen ist, sieht wesentliche Erleichterungen der deutschen Verpflichtungen vor. Das Verbleibende für Deutschland in Aussicht genommen sind, wird auch von der „Times“ bestätigt, dagegen herrscht noch Unsicherheit darüber, ob Bradbury und Mauciere beauftragt werden, mit der deutschen Regierung auf der Basis des neuen Programms zu verhandeln. Nach den hier vorliegenden Informationen soll die Fiktion einer deutschen Zahlungsverpflichtung von 100 Milliarden Goldmark innerhalb von 30 Jahren zwar aufrechterhalten, aber so modifiziert werden, daß nach Ablauf einer Frist tatsächlich nur 14 Milliarden Goldmark zu bezahlen seien. Die Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark sollen gegen besondere Garantien für die nächsten Jahre gesichert werden. Der neue Zahlungsplan wird aller Voraussicht nach bereits in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.“

Die „Times“ meldet aus Paris: In Berlin werden u. a. etwa folgende Ideen entwickelt werden: 1. In Wirklichkeit würde Deutschland kein Moratorium gewährt werden, aber Belgien würde statt Bargeld sechsmonatige Wechsel nehmen, die von Deutschland auf sogenannte D-Banken gezogen seien. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die D-Banken

(Fortsetzung Seite 2.)

Zum Fall Müller-Heim.

(N.) Der Schriftsteller Georg Müller-Heim in Dresden richtet seit dem Dezember 1920, besonders aber seit Herausgabe seines Wochenblattes fortgesetzte Angriffe gegen die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei, gegen einzelne in ihr beschäftigte Beamte und Angestellte und schließlich auch gegen den Ministerpräsidenten, dem die Nachrichtenstelle untersteht. Müller-Heim tat dies durch Eingaben und Beschwerden, die er an das Gesamtministerium, an den Ministerpräsidenten und an seinen Stellvertreter, den Minister des Innern, richtete, und durch Veröffentlichungen in einigen Blättern, vor allem in seinem schon erwähnten Wochenblatt. Ein Teil dieser Angriffe, der als beleidigend empfunden wurde und noch nicht veräußert war, wird demnächst das Gericht beschäftigen. Es soll daher hierauf nicht näher eingegangen werden. Dagegen sollen Tatsachen hervorgehoben werden, die Müller-Heim offenkundig zu seinen Angriffen veranlaßt haben. Bisher hatte hierfür keine Notwendigkeit vorgelegen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß es Müller-Heim durch die ständige Wiederholung seiner Behauptungen schließlich doch gelingt, einzelne Kreise der Bevölkerung und auch die eine oder andere Zeitung zu irdigen Auffassungen über den wirklichen Sachstand zu bringen.

Müller-Heim war 1920 als Dresdner Filialleiter eines großen Berliner Nachrichtenunternehmens tätig, das die Schriftleitungen der bei ihm abonnierenden Zeitungen mit Nachrichtenstoff und Presseausgaben versorgte. Die Art und Weise, wie die Dresdner Filiale dabei unter seiner Leitung und Verantwortung verfuhr, veranlaßte unter anderem das Justizministerium, durch die hierfür zuständige Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei eine amtliche Pressenotiz herauszugeben zu lassen (abgedruckt in Nr. 269 der Sächs. Staatszeitung vom 22. November 1920), in der es hieß:

„Es ist getadelt gemeiniglich, durch so grundlose, vage Behauptungen und Verallgemeinerungen das Ansehen der Justiz zu untergraben.“
Und an einer anderen Stelle derselben Notiz ließ das Justizministerium diese von Müller-Heim verbreiteten Behauptungen als sinnlos und ungerichtet bezeichnen. Schonend verfuhr die amtliche Pressenotiz insofern, als sie das eigentlich betroffene Unternehmen und seinen verantwortlichen Filialleiter Müller-Heim nicht namentlich bezeichnete. Es wäre für Müller-Heim leicht gewesen, durch Abstellen des mit diesen Ausdrücken gekennzeichneten Verkehrs Anlaß zu neuen Beschwerden zu vermeiden und dadurch die Angelegenheit in Vergessenheit geraten zu lassen. Statt dessen schloß er sein Verfahren fort und beantragte außerdem eine Pressekonferenz im Ministerium, um sich über die Nachrichtenstelle zu beschweren, weil sie die erwähnte Pressenotiz gegen ihn weitergegeben habe. Diese Konferenz fand am 29. November 1920 statt. Die Vertreter der Regierung war genötigt, den zahlreich versammelten Herren von der Presse einige Proben der Müller-Heim zur Last fallenden Berichterstattung vorzulegen. Der Erfolg war, daß auch die Pressekonferenz sich scharf gegen diese Art von Berichterstattung aussprach und die vom Justizministerium in jener Notiz geäußerte scharfe Kritik für zutreffend und berechtigt erklärte.

Auch nach dieser Zurechtweisung durch seine Berufsgenossen wäre es Müller-Heim noch möglich gewesen, das für ihn Feindliche dieser Vorfälle durch Änderung seines Verfahrens zu überwinden, ohne daß er deshalb von sachlicher, noch so scharfer Kritik abgesehen brauchte. Von Seiten der Regierung ist weder ihm, noch einem anderen Pressevertreter jemals das Recht zu sachlicher Kritik bestritten oder beschnitten worden. Wohl aber müssen die Regierung und ihre beauftragten Organe sich dagegen wehren können, daß die öffentliche Meinung irreführend wird. Seit jener Zeit begann Müller-Heim seine persönlichen Angriffe gegen Beamte und Angestellte der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei.

Nach zwei Monate später wurde Müller-Heim seiner Stellung als Filialleiter durch seine Berliner Direktion kurzerhand entzogen. Mit dieser Entlassung Müller-Heims aus seiner bisherigen Stellung enfiel für die Nachrichtenstelle seit dem Februar 1921 die Berichterstattung, ihm noch weiterhin die Remunerationen der in der Presse zu veröffentlichen amtlichen Notizen zu zahlen zu lassen.